Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Jeversches Wochenblatt
1923

136 (14.6.1923)

urn:nbn:de:gbv:45:1-112976

Visual Library

Jeversches Wochenblatt

Jeverländische Nachrichten

Erscheint an jedem Werktage nachmittags.
Bezugspreis: Monatlich 5000,00 Mk. (einschließlich Bringerlohn, jedoch ohne Postbestellgebühr).
— **Einzelnummer 200,— Mk.**
Im Falle von Betriebsstörungen, hervorgerufen durch Maschinenbruch, höherer Gewalt, sowie Ausbleiben des Papiers usw., hat der Bezieher keinerlei Anspruch auf die Lieferung, Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Kleinschriftzeile oder deren Raum kostet für Jever und Jeverland 300 Mk., sonst 400 Mk. — Anweisungen am Schluß des Schriftteils kosten 1200 Mk. die Zeile.

Druck und Verlag: C. L. Mettcker & Söhne, Jever i. O.
Fernsprech-Anschluß Nr. 4.

Nummer 136. | Jever i. O., Donnerstag, den 14. Juni 1923. | 133. Jahrgang.

Kein Nachlassen!

Auf seiner Reise durch Süddeutschland setzt der Reichskanzler Dr. Cuno die notwendige Ergänzung unserer Ergänzungsnote in sehr erfreulicher und dankenswerter Weise fort, wie er das Werk mit seiner Rede vor dem Reichsverband der deutschen Presse in Münster begonnen hatte. Diese Ergänzung ist besonders notwendig für das Ausland, namentlich für Frankreich, aber auch für England, wo sich die Neigung bemerkbar machte, auf Gedankengänge eine Art von Waffenstillstand im Abwehrkampf einzugehen. In einer Unterredung mit dem Vertreter des International News Service in Münster hat der Reichskanzler ganz besonders scharf betont, daß von all' dem keine Rede sein könne; wenn die übrige Welt weiter zusähe, wie Deutschland in den Klauen des französischen Militarismus festgehalten werde, so müsse sie sich auch damit abfinden, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands bei der Bezahlung von Reparationen entsprechend geringer werde.

Diesen sehr deutlichen Wink, dem der Reichskanzler in weiteren Ansprachen in Heidelberg und Karlsruhe noch mehr Nachdruck verliehen hat, scheint man in London doch einigermaßen verstanden zu haben. Der englische Kabinettsrat ist zu der Auffassung gekommen, daß es nicht möglich sei, den Franzosen zu folgen, die als unerläßliche Bedingung für den Beginn von Verhandlungen die Einstellung des passiven Widerstandes verlangen. Man scheint also in England doch zu der Einsicht gelangt zu sein, daß der passive Widerstand an Ruhr und Rhein eine dem Volksempfinden entsprungene und nicht künstlich von der Regierung hervorgerufene Bewegung ist, die man einfach kommandieren kann. Man scheint weiter zu der Einsicht gelangt zu sein, daß es richtiger ist, keine solchen Bedingungen zu stellen, sondern mit den Verhandlungen über die Reparationsfrage unter Teilnahme Deutschlands zu beginnen, unbeschadet des Fortgangs unserer Abwehr. Wenn es der englischen Regierung mit dieser Auffassung ernst ist und wenn sie nicht auch dießmal wieder wie früher nach einem kurzen Anlauf zur Selbständigkeit sich französischen Forderungen beugt, dann besteht einige Hoffnung, daß wir etwas vorwärts kommen. Dann dürfte vielleicht auch England auf dem Umweg über eine Untersuchung der deutschen Wirtschaftslage durch unparteiische Sachverständige zu der Ueberzeugung kommen, daß nicht die Zahlen Bonar Laws, sondern die in unsern beiden Noten enthaltenen Ziffern die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit darstellen. Wenn sich somit einige Hoffnungsstrahlen, wenigstens so weit England in Frage kommt, am politischen Horizont bemerkbar machen, so muß doch vor übergroßem Optimismus gewarnt werden, der im Hinblick auf frühere Erfahrungen vorläufig nicht gerechtfertigt wäre.

*

Eine schwere Verletzung des Versailler Vertrages.

Berlin, 12. Juni. Die deutsche Regierung hat an die Regierungskommission des Saargebietes eine Note gerichtet, in der sie gegen die Einführung des französischen Franken als alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel im Saargebiet protestiert. Die Note nimmt Bezug auf den deutschen Protest anläßlich der Verordnung über die Erhebung aller Gebühren im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr und die Zahlung aller Gehälter und Löhne bei der Post- und Telegraphenverwaltung in Franken und stellt fest daß die neue Verordnung eine noch schwerere Verletzung des Versailler Vertrages darstelle. Die Regierungskommission sei nach dem System des Versailler Vertrages von der Grubenverwaltung des französischen Staates scharf gesondert und könne daher aus einem dem französischen Staate eingeräumten Sonderrecht für sich Rechte nicht ableiten. Maßgebend bleibe vielmehr der erste Absatz des § 32 der Anlage zu Art. 45—50, der eindeutig zum Ausdruck bringe, daß der Franken im Saargebiet neben der gesetzlichen Währung lediglich die Stellung eines geduldeten Umlaufgeldes einnehmen solle. Eine Abschrift dieser Note ist dem Völkerbund zugegangen.

*

Das Ergebnis des englischen Kabinettsrats.

T.U. Paris, 12. Juni. Ein Havastelegramm aus London teilte gestern abend mit, daß das englische Kabinett dem Wunsche Frankreichs nach Einstellung des passiven Widerstandes seitens Deutschlands beizutreten, abgelehnt hat.

Der Londoner Berichterstatter des Petit Parisien erklärt, daß die Entschließung des englischen Kabinetts sich folgendermaßen auswirkt: Das französische Anliegen hinsichtlich der Aufforderung an Deutschland, den passiven Widerstand vor Beginn irgend einer Verhandlung einzustellen, wurde als unrunlich beurteilt. Das englische Kabinett ist der Auffassung, daß keine Regierung in Berlin angesichts der in Deutschland zur Zeit herrschenden Geistesrichtung nach Annullierung der gegen die französisch-belgischen Okkupation erlassenen Verordnungen, lebensfähig bleibt. Man müsse sogar befürchten, meint man in London, so schreibt der Korrespondent weiter, daß, wenn Dr. Cuno einer aus dem Auslande kommenden Entschließung Folge leistet, er eine kommunistische Erregung befürchten müßte, von deren Ausdehnung und Rückwirkung man Schlimmes erwartet. Nichtsdestoweniger hat die englische Regierung, von dem Wunsche erfüllt, jeglichen Bruch mit Paris zu vermeiden, es versucht, einen Entwurf auszuarbeiten, der unverzüglich der französischen Regierung zugehen soll. Sie erachtet, daß das deutsche Angebot unannehmbar und zumal der vom Reich angebotene Betrag ungenügend sei. Das englische Kabinett würde in keinem Falle auf eine geringere Summe als im Zannarplan von Bonar Law vorgesehen, eingehen. Uebrigens sei man davon überzeugt, daß Deutschland ohne Schwierigkeiten zu einer solchen Annahme bewogen werden kann. Von dieser Feststellung ausgehend, fordert die englische Regierung, daß das letzte deutsche Angebot als Anlaß zu Besprechungen zwischen den Verbündeten benutzt werden könnte. Wenn Frankreich indessen seine Forderung nach vorheriger Einstellung des passiven Widerstandes aufrecht erhält, so schlägt die englische Regierung folgenden Ausgleich vor:

Die Verbündeten werden eine Sachverständigenkonferenz einberufen und sie beauftragen, den genauen Betrag zu ermitteln, den Deutschland bezahlen kann. Immerhin würde der Sachverständigenkommission die Aufgabe obliegen über die verschiedenen Angelegenheiten des Reparationsproblems, der interalliierten Schulden und der französisch-belgischen Sicherungen eine eingehende Untersuchung anzustellen. Wenn auf Grund dieser Untersuchung eine Verständigung zwischen den Verbündeten herbeigeführt würde, so wäre die englische Regierung durchaus geneigt, bei Deutschland zwecks Einstellung der passiven Resistenz vorstellig zu werden.

Die Reitpeitsche regiert.

Beispiellose Schreckensherrschaft der Franzosen im Einbruchsgebiet.

Recklinghausen, 12. Juni. Ueber Recklinghausen haben die Franzosen gestern abend den Belagerungszustand verhängt, den sie durch wüsten Terror durchzusetzen versuchen. Trotz des Versprechens an einen von der Stadt beauftragten Rechtsanwalt, daß wegen der Kürze der Zeit der Bekanntgabe der Sperre an die Bevölkerung die Bestimmungen für die erste Nacht nicht so scharf gehandhabt würden, setzte um 9 Uhr abends seitens der Franzosen eine wilde regellose Schießerei gegen Häuser, erleuchtete Fenster, Balkone und auf den Straßen befindliche Personen ein. Bei dieser Schießerei wurde ein 18jähriger junger Mann, Karl Müller, der, von Dortmund kommend, von der Verkehrssperre nichts wußte, so schwer verletzt, daß er kurz darauf seinen Verletzungen erlag.

Angeblich wegen der Beschießung französischer Posten ist gestern abend auch über den Amtsbezirk Wanne die Verkehrssperre verhängt worden. Ueber 100 Personen, die in Unkenntnis der Verkehrsbeschränkung nach 9 Uhr abends auf den Straßen getroffen wurden sind bis heute morgen auf einem Schulhof in Haft behalten worden. Auch über Herne ist der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Er wird scharf gehandhabt. Nach 9 Uhr abends angetroffene Personen wurden schwer mißhandelt. In Wanne ist von dem französischen Platzkommandanten den Polizeibeamten das Tragen eines Säbels verboten worden. Gestattet ist lediglich eine Pistole. Da außerdem wieder der Grußzwang eingeführt ist, versehen die Beamten ihren Dienst in Zivil.

Höchst a. M., 12. Juni. Infolge der Weigerung der Stadt Höchst, die offenen Bahnübergänge bewachen zu lassen und für das Herunterlassen der Schranken auf den militarisierten Bahnstrecken Sorge zu tragen, wurde von dem französischen Kreisdelegierten über die gesamte Gemeinde Höchst der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Dem Bürgermeister wurde angedroht, daß er vor das Kriegsgericht gestellt werden würde. In Hochheim wurde wegen angeblicher Sabotage an der Eisenbahnstrecke Hochheim—Kastel in der Höhe des Bahnhofes Hochheim der Nachtverkehr von ½9 Uhr abends bis 5 Uhr früh verboten.

Ein Schutzpolizist erschossen.

Dortmund, 12. Juni. Gestern abend wurde ein ehemaliger Schutzpolizist beim Ueberschreiten eines Bahndammes erschossen.

Gegenseitige Erschießung der beiden Franzosen in Dortmund um eine Dirne?

T.-U. Dortmund, 13. Juni. Ueber den Tod der beiden französischen Adjutanten taucht jetzt eine neue Version auf, wonach sie sich, nachdem sie wegen eines Frauenzimmers, der „roten Erna" in Streit geraten waren, gegenseitig erschossen haben. Die „rote Erna" und zwei andere Personen werden von den Franzosen in Haft gehalten. Ihre Aussagen werden verheimlicht.

Französische Soldaten als Kindesräuber.

T.-U. Essen, 13. Juni. Bei dem in Essen-Rellinghausen bediensteten Bahnsteigschaffner Schlosser erschien gelegentlich der Besetzung des Bahnhofes ein französischer Offizier in Begleitung von fünf Soldaten und beschlagnahmte ein Zimmer mit der Erklärung, daß es mit einer Wache belegt werde. Dabei wurde das fünf Jahre alte Söhnchen des Schlosser von den Soldaten mitgenommen, nachdem sie es mit Schokolade beschenkt hatten. Die Rückkehr des Kindes ist bisher noch nicht gemeldet. Es sind Schritte beim Roten Kreuz zur weiteren Verfolgung des Falles eingeleitet.

Neueste Nachrichten.

Eine Schlageter-Straße in Groß-Berlin.

T.U. Berlin, 12. Juni. Der Unterausschuß Dahlem beschloß, beim Polizeipräsidium für eine neue Dahlemer Straße den Namen „Schlageterstraße" vorzuschlagen.

Die Kaliwertanleihe überzeichnet.

T.U. Berlin, 12. Juni. Die gestern eröffnete 3. Ausgabe der 6prozentigen Kaliwertanleihe von 1928 erreichte schon am zweiten Tage eine so starke Ueberzeichnung, daß sich das Bankkonsortium veranlaßt sieht, die Zeichnung heute zu schließen. Noch eingehende Zeichnungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Der Landarbeiterstreik.

T.-U. Berlin, 13. Juni. Der schlesische Landarbeiterstreik hat nunmehr auch auf Oberschlesien und die Provinz Brandenburg übergegriffen. Im Kreise Grottkau (Oberschlesien) wird seit einigen Tagen bereits auf einzelnen Gütern gestreikt. Im Kreise Falkenburg (Provinz Brandenburg) sind am 11. Juni auf 15 Gütern die Landarbeiter in den Ausstand getreten. Am Dienstag waren bereits 27 Güter in Mitleidenschaft gezogen. Die Notstandsarbeiten werden, zum Teil allerdings erst nach Erfüllung der Forderungen, erledigt.

Oberschlesische Streikabordnung und der Arbeitsminister.

T.U. Berlin, 13. Juni. Die Abordnung der Streikleitung des wilden oberschlesischen Streiks ist gestern von dem Arbeitsminister an die Gewerkschaften als die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer verwiesen worden, die mit den zuständigen Regierungsstellen in Oberschlesien in Verbindung stehen. Der Minister hat der Deputation weiter zugesagt, daß er sich aller berechtigten Wünsche annehmen werde, welche durch die Gewerkschaftsorganisationen an ihn geleitet würden.

Die Ausdehnung des oberschlesischen Streiks.

T.-U. Gleiwitz, 12. Juni. Der Streik im deutsch-oberschlesischen Industriegebiet hat insofern eine Aenderung erfahren, als am gestrigen Tage auch die Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte in Gleiwitz in den Ausstand getreten sind. Die Reichsbahndirektion Oppeln gibt aus diesem Anlaß bekannt, daß sämtliche Arbeiter, die nicht bis zum Mittwoch ihre Arbeit wieder aufgenommen haben, als entlassen gelten. Sie betont dabei, daß werkfremde Elemente den Streik erzwungen haben. Für die Arbeitswilligen ist durch die Polizei ausreichender Schutz vorhanden. Von der Streikleitung wird weiter bekannt gegeben, daß die Abwehrgruben, die Ludwigsglückgruben, die Delbrückschächte, die Eisenhütte, die Gruben in Lauban, die Betriebe in Kolonowska und Borowska in den Streik getreten sind. Für den morgigen Tag erwartet man eine Ausdehnung auf Cosel, Malapane und Kreuzburg. Im Beuthener Bezirk ist alles im Aufstande.

T.U. Gleiwitz, 13. Juni. Der Streik im oberschlesischen Industriebezirk hat keine Aenderung erfahren. In Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg fanden heute wieder Versammlungen statt, in denen man zur Streiklage Stellung nahm. Man erwartet heute nacht die Rückkehr der von der Streikleitung nach Berlin entsandten Kommission und wird nach Anhören dieser Weiteres entscheiden. Die Hultschinskischen Werke und die Oberschlesische Eisenindustrie machen durch Maueranschlag bekannt, daß mit der Entlassung der Arbeiter bei morgigem Nichterscheinen begonnen werde. Die gestern abend in den Ausstand getretenen Arbeiter der Eisenbahnhauptwerkstätte Gleiwitz werden morgen vollzählig in den Betrieb gehen. — Eine abzuhaltende Urabstimmung soll über die Arbeitsaufnahme oder weiteres Verharren im Streik entscheiden.

Ruhrkinder für Lettland.

T.U. Riga, 12. Juni. In einer Sitzung am Donnerstag der vorigen Woche hatte das Ministerkabinett ein Gesuch des deutschen Gesandten betr. die Einreise von etwa 300 Kindern aus dem Ruhrgebiet nach Lettland — es handelt sich in erster Linie um den Erlaß der Visengebühren, denn die Reise ohne eine solche war nicht zu ermöglichen — abgelehnt. In einer neuen Sitzung hat der Ministerrat diese ablehnende Entscheidung aufgehoben und beschlossen, dem Gesuch des deutschen Gesandten Folge zu geben, wofurch nunmehr alle Hindernisse, die der Einreise der deutschen Kinder entgegenstanden, beseitigt sind.

Höllein wegen der Dortmunder Vorfälle zurückgehalten.

T.U. Paris, 12. Juni. Die für gestern vorgesehene Entlassung des deutschen kommunistischen Abgeordneten Höllein ist unterblieben, da Höllein infolge des Zwischenfalls in Dortmund einstweilen noch in Haft bleiben werde. Die Entschließung, die der Ministerrat in seinem Falle treffen sollte, wurde aufgeschoben.

Ueberfall.

T.U. London, 12. Juni. Ein Teil der Begleitung des englischen Oberkommissars für Palästina, Sir Horbert Samuel, der den Oberkommissar auf einer Rundreise durch das Land begleitete, wurde von Beduinen angegriffen. Drei Mann wurden getötet und zwei schwer verletzt.

Politische Rundschau.

Eine Beschwerde der Deutschvölkischen Partei.

T.U. Berlin, 12. Juni. Das Reichstagsbureau der Deutschvölkischen Abgeordneten hat durch den Abgeordneten Gräfe-Goldebee an den preußischen Minister des Innern folgenden Brief gerichtet:

Nach Ihrer Verfügung, in der Sie nach dem vorläufigen Spruch des Staatsgerichtshofes für die Handhabung Ihrer von uns angefochtenen Verbote vom 23 März 1923 an die Polizeibehörden besondere Anweisungen erteilten, befindet sich u. a. der Satz, daß es uns Abgeordneten der Deutschvölkischen Freiheitspartei unbenommen bleibe, persönlich und schriftlich mit den einzelnen Staatsbürgern, die wir als unsere Parteiangehörigen ansehen, in unmittelbare Verbindung zu treten. Diese Einschränkung widerspricht der Reichsverfassung, wonach wir Vertreter nicht nur unserer Wähler, sondern des ganzen deutschen Volkes sind. Wir beanspruchen daher das unbestreitbare Recht, mit allen deutschen Staatsbürgern unbeschadet ihrer Parteizugehörigkeit in unmittelbaren Verkehr zu treten. Nach dem Schutzgesetz der Republik scheint dieses Recht in keiner Weise ein Hindernis. Ihnen, Herr Minister, hat die rechtliche Legitimation zu einer derartigen polizeilichen Beschränkung der wohlbegründeten Rechte der Reichstagsabgeordneten gefehlt. Wir ersuchen Sie daher um eine beschleunigte Aufhebung der Verfügung und um umgehende Mitteilung an uns direkt.

Gleichzeitig ging eine Abschrift dieses Schreibens an den Reichstagspräsidenten Loebe mit dem Ersuchen, dieser Angelegenheit seine Aufmerksamkeit zuzuwenden, da es sich bei dieser Angelegenheit nicht um die einer einzelnen Partei handelt, sondern eine grundsätzliche Frage zu klären ist.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

T.-U. München, 12. Juni. Prozeßverteidiger Graf Pestalozza kam zu Beginn der Verhandlungen im Hochverratsprozeß Machhaus-Fuchs auf die gestrigen Angriffe des Gerichtes zurück und erklärte, daß die Gegensätze zwischen Gericht und Verteidigung so lange nicht behoben sein würden, bis von ersterem die Unrichtigkeit seines bis jetzt eingenommenen Standpunktes eingesehen werde. Die vier Zeugen, Major Mayr, Friedmann, Schäfer und Kauser könne man als Mittäter und Mitanstifter bezeichnen. Er habe einiges Material bekommen, woraus ersichtlich sei, daß der Zeuge Mayr ein aus dem Schreibtisch des Generals Moerl entwendetes Schriftstück an den Grafen Bothmer übersandt habe. Später habe Mayr den Grafen Bothmer ersucht, ihn zu decken. Die von der Verteidigung zur Prüfung der Glaubwürdigkeit des Zeugen Mayr gestellten Anträge wurden abgelehnt und für nicht in das Verhandlungsthema einschlägig erklärt. Es begann hierauf die Vernehmung des Zeugen Kapitänleutnant Kauser, der den Namen Fuchs zum ersten Male im September aus dem Munde des Angeklagten Berger gehört hat. Berger habe mehrfach sein Mißtrauen gegenüber Fuchs betont. Dem Hauptmann Bredel vom Blücherbund haben Fuchs und Machhaus eine bevorstehende nationale Diktatur mit Koehner an der Spitze angekündigt. General von Moels solle nach der Erzählung von Fuchs diesem seine Bereitwilligkeit zur Aktion erklärt haben. Machhaus habe dem Zeugen die Gefahr einer norddeutschen Diktatur der Gewerkschaften und bolschewistische Unruhen und das Bestreben Frankreichs, Deutschland zu schwächen, geschildert, wogegen eine nationale Diktatur errichtet werden müsse. Machhaus habe außerpolitische Beziehungen angeknüpft, die der Aktion fördernd zur Seite ständen. Machhaus habe gewaltige Garantien hervorgehoben, die ihm von seiten Frankreichs zur Unterstützung angeboten worden seien. Aehnliche Fäden sollten nach der Türkei und nach Italien gesponnen worden sein. Die bolschewistische Gefahr sei in dem letzten Gespräch nur noch wenig gestreift worden.

Das Ende der Stambulinskidiktatur.

Der bulgarische Geschäftsträger in Wien äußerte sich folgendermaßen über die neue Lage seines Landes: Bei den Sobranjewahlen im April wußte Stambulinski, obwohl Opposition und Regierungspartei je 500 000 Stimmen erhielten, dem Regierungsblock durch seine eigene Wahlgeometrie 212 Mandanten zu sichern, während der Opposition nur 37 zufielen. Versammlungs- und Pressefreiheit wurden geknebelt und die Zeitungen unterdrückt. Die natürliche Folge war, daß die Organisation der Reserveoffiziere sich mit dem Verein Narodni Zgovar, dessen Begründer der gegenwärtige Ministerpräsident ist, zu einem geheimen Schutz- und Trutzbund der Intellektuellen zusammenschloß. Dank der erfreulichen Disziplin der bulgarischen Armee konnte man auch der Mannschaft gewiß sein. Die Erwartungen wurden nicht getäuscht. Es ist ein Irrtum, zu glauben, daß Bauern und Bürger sich in Bulgarien feindlich gegenüberstehen, Stambulinski hatte nur eine Art Knüppelgarde, die aus seiner Regie Nutzen für sich zog. Die gesamte Bevölkerung, Bürger und Bauern, wurden gewaltsam niedergehalten. Die Mazedonier haben mit dem Putsch der Intellektuellen nichts zu tun. Es ist eine rein bulgarische Sache. Im ganzen Lande herrscht

Landesbibliothek Oldenburg

Begeisterung. Eine neue Phase in der Geschichte Bulgariens beginnt.

Nach den aus Sofia vorliegenden Nachrichten über die Revolution und die Gefangennahme der bisherigen Regierung ist der Umsturz nicht so unblutig verlaufen, wie die ersten Meldungen es glaubhaft machen wollten. Nach den letzten Nachrichten hat es 30 Tote und zahlreiche Verletzte gegeben. Gegenwärtig herrscht in der Hauptstadt wieder Ruhe.

Aus Lausanne wird gemeldet: Der Führer der bulgarischen Delegation, Theodoroff, ist auf einen dringenden Ruf des Generals Savows nach Paris abgereist.

Stambulinski nicht gefangen genommen.

T.U. Sofia, 12. Juni. Die Nachrichten von der Verhaftung Stambulinskis sind bestimmt unrichtig. Es ist ihm gelungen, in Begleitung von etwa 30 Anhängern nach seinem Heimatsdorf Slavovitza ins Gebirge zu entkommen. Die Verfolgung wurde mit Hilfe einer Schwadron Kavallerie unternommen, blieb aber ergebnislos. In seinem Landhause, einem Meierhofe unweit Sofia, wurden allerhand Waffen beschlagnahmt, darunter Maschinengewehre, Bomben usw., außerdem Schecks im Werte von mehreren Millionen, u. a. ein Scheck über eine Million Schweizer Franken. Die Regierung versichert, daß Ansammlungen der Bauern an verschiedenen Orten von Regierungstruppen zersprengt wurden. Im allgemeinen herrscht Ruhe. Im Stadthause Stambulinskis sollen Beweise gefunden worden sein, daß die Minister und führenden Parteileute große Staatsgeschäfte zugunsten ihrer eigenen Tasche gemacht haben.

Eine neue bulgarische Regierung unter Alexandrow.

T.U. Belgrad, 12. Juni. Heute in der Mittagsstunde eingetroffene Meldungen besagen, daß das Kabinett Zankow seine Demission gegeben hat. Es soll bereits eine neue Regierung unter dem Vorsitz des mazedonischen Bankenführers Alexandrow gebildet sein. Die mazedonischen Komitatis haben den Vormarsch nach Sofia angetreten, um der neuen Regierung gegen Angriffe der Bauern Schutz zu bieten.

Deutscher Reichstag.

T.U. Berlin, 12. Juni. Am Regierungstisch: Arbeitsminister Dr. Brauns.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 3.20 Uhr.

Das Reichsknappschaftsgesetz.

Abg. Leopold (Dn.) bemängelt das geringe Interesse des Hauses an dieser wichtigen Vorlage. Der Bergarbeiterstand ist für die deutsche Wirtschaft von allergrößter Bedeutung. Die Vorlage nimmt leider auf die Interessen des Bergbaues und der Bergarbeiterschaft nicht überall genügend Rücksicht. Leider hat sich der Reichstag über die Vereinbarungen im 14. Ausschuß der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und über die Beschlüsse des Reichswirtschaftsrates kalt hinweggesetzt. Durch diese Nichtachtung der Beschlüsse wird die Arbeitsgemeinschaft vernichtet und der Reichswirtschaftsrat diskreditiert. Bedenklich sei die Gewährung von Invaliden- und Altersrente neben der Unfallrente. Auf die verschiedenen Verhältnisse der einzelnen Bergbaubezirke müsse stärker Rücksicht genommen werden.

Abg. Maltzahn (Komm.) fordert eine durchgreifende Reform der gesamten Sozialversicherung und Beseitigung der bisherigen Zerrissenheit auf diesem Gebiete. Der Redner kündigt zahlreiche Abänderungsanträge an.

Abg. Jansch eck (S.) stellt demgegenüber fest, daß die Kommunisten im Ausschuß keine Anträge gestellt haben und jetzt aus agitatorischen Gründen damit kommen.

Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Es folgt die Einzelbesprechung. Die einzelnen Paragraphen werden unter Ablehnung der kommunistischen Abänderungsanträge im wesentlichen in der Ausschußfassung angenommen.

Abg. Hartleib (S.) bekämpft die Unterstellung der Nebenbetriebe, namentlich die Industrie der Steine und Erde unter die Knappschaftsversicherung. Der Begriff der „bergmännischen Arbeit" sei im Entwurf zu weit gegangen.

Der Antrag Hartleib wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien und des Antragstellers gegen die Linke angenommen. (Unruhe bei den Soz.)

Das Knappschaftsgesetz wird darauf mit dem Einführungsgesetz in zweiter Lesung angenommen.

Die Einzelabstimmungen werden auch in dritter Lesung angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das Reichsknappschaftsgesetz darauf gegen einen Teil der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen, ebenso in dritter Lesung das Einführungsgesetz.

Das Haus vertagt sich.

Mittwoch 2 Uhr: Steuergesetze. Zweite Lesung der Gesetze für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das Rechtsgutachten der Juristenfakultät der Universität Leipzig in Sachen der Bauschsummen.

Von Oberkirchenratspräsident Dr. Tilemann.

(Schluß.)

Diese Auslegung des Abkommens von 1870 wird noch durch seine Bestimmung in Absatz c bestätigt, wonach der Wegfall der Bauschsumme für die evangelische Kirche ohne weiteres sofort den Wegfall der Bauschsumme für die katholische Kirche nach sich ziehen sollte, also **ihre Schicksale rechtlich miteinander verknüpft wurden.** Was hätte dann überhaupt die ganze, immerhin eigentümliche Verquickung der katholischen Kirche mit dem allein zwischen der evangelischen Kirche und dem Staate geschlossenen Vertrage für einen Sinn gehabt, wenn die **paritätische Behandlung der beiden Bauschsummen** nicht hätte **ein wesentlicher Vertragspunkt sein sollen!**

Dieses Erfordernis ist seit 1922 nicht mehr von ihm erfüllt worden. Der Beschluß des Landtages vom 31. März, welcher durch Annahme der Offizialatsvorlage ein Voraus der katholischen Kirche herbeiführt hat, ist **„willkürlich** und durch eine der katholischen Kirche gegenüber bestehende Rechtspflicht des Staates nicht gefordert". Dieser Beschluß ging auf eine Leistung aus Staatsmitteln, welche nach dem Abkommen von 1870 voll in die Bauschsumme für die katholische Kirche einbezogen war. Es liegt mithin eine **Verletzung der vertragsmäßigen Paritätspflicht** vor.

Wie der Staat, so führt das Gutachten weiter aus, seine Rechtspflicht gegenüber der katholischen Kirche aus § 8 der Konvention erfüllen will, ist seine Sache. Die katholische Kirche ist nicht Mitkontrahent des Abkommens von 1870, ist ihrerseits nicht an die Bauschsumme gebunden. Allein das befreit den Staat nicht gegenüber der evangelischen Kirche. Das Abkommen zwischen ihm und dieser bleibt verletzt. **„Von Rechtswegen darf es so nicht bleiben."**

In dem Abschnitt **Folgerungen** erörtert das Rechtsgutachten, welche Möglichkeiten sich jetzt ergeben, vom Rechtsstandpunkt aus, um die Parität wiederherzustellen.

Was die Kündigung des Abkommens von 1870 betrifft, so ist diese auch durch Art. 173 der Reichsverfassung der evangelischen Kirche nicht verwehrt. Denn sie ist eine Bedingung der „bisherigen", d. h. vor dem 14. August 1919 in Geltung gewesenen Form der Staatsleistung an die Kirche, nämlich der Form der Zahlung in Bauschsummen statt der Einzelbedarfsdeckung. Das „Bestehenbleiben der bisherigen Staatsleistung" im Sinne des Art. 173 heißt aber: Bestehen bleiben in bisherigem Umfange und unter den bisherigen Bedingungen, hier also auch mit der bisherigen Kündbarkeit und Zurückführbarkeit in das Verhältnis, wie es vor dem Abkommen von 1870 bestand.

Die Lage ist also stark verändert und es fragt sich, inwieweit der Oberkirchenrat von den sich heute ergebenden Möglichkeiten Gebrauch machen will. Der Staat war es, welcher früher die einzelnen Bedarfsposten der Zentralkirchenkasse von sich aus finanzierte. So blieb es bis 1870, bis zum Bauschsummen-Abkommen. Die frühere Möglichkeit ist nach dem Gutachten jetzt von neuem gegeben, denn tatsächlich sei im Jahre 1922 die Bauschsumme als solche bereits weggefallen, insofern damals bereits zur **Deckung des Einzelbedarfs übergegangen sei.** Die evangelische Kirche hat ein auf Vertrag — Absatz c des Abkommens von 1870 — begründetes Recht auf Deckung des Einzelbedarfs. Es greift also für dieses Recht Artikel 173 der Reichsverfassung ein. „Die **Rechtspflicht des Staates zur Bestreitung der einzelnen traditionellen Bedarfsposten der Zentralkirchenkasse kann nicht angezweifelt werden.**"

Als ein außerordentlich wichtiges Moment kommt dazu die **Geldentwertung.** Noch vor einigen Wochen hat der Oberkirchenrat das Staatsministerium darauf hingewiesen, daß Art. 173 der Reichsverfassung eine Anpassung der Zuschußsummen an die Geldentwertung fordere. Das Staatsministerium hat nicht gehört. Jetzt bringt das Leipziger Universitätsgutachten eine lückenlose Rechtsprechung des Reichsgerichts, die keinen Zweifel darüber läßt, daß bis zum Erlaß des Reichsgesetzes über die Ablösungsgrundsätze die Länder **verpflichtet** sind, die Leistungen dem jeweiligen Wert und den Geldverhältnissen anzupassen.

Das eröffnet eine weite Perspektive! In erster Linie zugunsten der evangelischen Kirche, der die Staatsregierung schweres Unrecht zugefügt hat, sodann aber auch zu Gunsten der übrigen Religionsgesellschaften, die in Art. 173 einbezogen sind. Gerne hat der Oberkirchenrat es übernommen, deren Interesse mit wahrzunehmen, wie es denn ja bei seinem Vorgehen sich nicht etwa um einen Kampf gegen die katholische Kirche handelt, sondern um eine Sache des Rechts. Noch vor kurzer Zeit hat der Oberkirchenrat in dem angeführten Schreiben diese Lösung ausdrücklich empfohlen: Anpassung an die Geldentwertung für alle Religionsgesellschaften nach dem Gesichtspunkt der Parität.

So ist das Gutachten, hinter dem eine der namhaftesten Fakultäten der Rechtswissenschaft steht, in allem Wesentlichen auf das hinausgekommen, was der Oberkirchenrat im vorigen Jahre in seiner Rechtsverwahrung und in der Oeffentlichkeit geltend gemacht hat. Ich verweise nur auf das, was der Oberkirchenrat vor Jahresfrist an dieser Stelle ausführte:

„Es ist nicht mehr als recht und billig, daß der Staat die Mittel für den Unterhalt des Offizialats entsprechend der außergewöhnlichen Geldentwertung beträchtlich erhöht. Aber die Erhöhung darf nur auf Grundlage der bestehenden Vereinbarungen von 1870 erfolgen. Die Verpflichtung des Staates gegenüber der römisch-katholischen Kirche ist 1870 nicht zahlenmäßig ein für alle Mal festgelegt, sie ist aber, solange jener Vertrag von 1870 besteht, in Parität mit der evangelischen Landeskirche zu regeln. Nicht das wird als ein Aergernis empfunden, daß der Offizial in Wechta ein ausreichendes Gehalt erhält, sondern die Einseitigkeit in der Zuwendung von Staatsmitteln an die römisch-katholische Kirche."

Es darf jedoch hinzugefügt werden, daß die Klärung, die der Oberkirchenrat herbeigeführt hat, die Erwartungen, die er der Arbeit einer sachverständigen und neutralen Instanz entgegengebracht, noch übertroffen hat.

Demgegenüber sind die Erörterungen in der betr. Landtagssitzung sachlich ohne Belang. Wenn nach dem dem Oberkirchenrat zugegangenen Bericht geäußert ist, das Leipziger Rechtsgutachten komme als Gutachten einer Partei nicht in Betracht, so sei festgestellt, daß kaum je einmal der Landtag parteiischer beschlossen hat als am 31. März 1922 und bei der entsprechenden 1. Lesung des diesjährigen Etats, andererseits aber die Unparteilichkeit der Leipziger Juristenfakultät anzuzweifeln man kaum wagen wird. Der Oberkirchenrat hat immer wieder den Weg der Verständigung beschritten. Nachdem der geltend gemachte Rechtsanspruch der evangelischen Kirche durch das Gutachten voll bestätigt ist, hofft der Oberkirchenrat, daß wenigstens jetzt soviel Gerechtigkeitssinn oder mindestens Klugheit sich zusammenfindet, um der Rechtslage entsprechend zu verfahren. Wenn nicht oder auch wenn der Landtag die Sache weiter hinausschiebt, **wird der Oberkirchenrat den Rechtsweg beschreiten.**

Der Oberkirchenrat aber wird auch in Zukunft — um was auch immer es sich handeln mag — das, was der Kirche von Rechtswegen zukommt, pflichtmäßig fordern. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Oldenburg und Nachbargebiete.

Jever, 13. Juni.

* **Gesetzblatt für den Freistaat Oldenburg, Landesteil Oldenburg,** 42. Band, 40. Stück, ist ausgegeben und enthält: Nr. 121. Pferdezuchtgesetz für die Landesteile Oldenburg und Lübeck vom 29. Mai 1923. — Nr. 121a, Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 29. Mai 1923 betr. Uebergangsbestimmungen zum Pferdezuchtgesetz vom 29. Mai 1923.

* **Die Postgebühren werden wesentlich erhöht.** Nach der neuen Vorlage sollten die Gebühren für Briefe und Postkarten verdierfacht bis verfünffacht, die für Pakete verdoppelt, die für Telegramme verdreifacht und die für den Fernsprechverkehr versiebenfacht werden. Es sollten zum Beispiel ab 1. Juli kosten ein Brief im Ortsverkehr 200 M, im Fernverkehr 400 M, eine Postkarte 100 bezw. 200 M; ein Päckchen bis 1 Kilogramm 800 M. Ein Paket in der dritten Zone bis 5 Kilogramm 2400 M, von 5 bis 6 Kilogramm 4200 M. Der Mindestbetrag für eine Postanweisung soll 200 M, für einen Postscheck 50 M kosten, die Grundgebühr für ein Telegramm 500 M, für jedes Wort 2000 M. Pressetelegramme sollen die Hälfte kosten. Ein Auslandsbrief kostet bis 20 Gr. 1000 M, die Auslandspostkarte 600 M. — Der Verkehrsbeirat des Reichspostministeriums hat sich nicht in allen Punkten der Vorlage des Reichspostministeriums angeschlossen. Der Beirat erklärte sich mit der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung für Pakete und Telegramme auf das Dreifache einverstanden, hingegen hatte er gegen die Heraufsetzung der Gebühren für Briefe, Postkarten, Drucksachen usw. auf das Fünffache Bedenken und schlug eine dreifache Tariferhöhung für diese Sendungen vor. Auch über die neuen Fernsprechgebühren konnte keine Einigung erzielt werden. Statt der vom Postministerium vorgeschlagenen siebenfachen Erhöhung wollte der Verkehrsbeirat nur der fünffachen Heraufsetzung zustimmen. Ueber die noch ungeklärten Fragen fand im Reichspostministerium eine Referentenbesprechung statt. Jedenfalls wird das Postministerium nun von sich aus eine Vorlage aufstellen und sie den gesetzgebenden Körperschaften zugehen lassen. — Nachdem sich der Verkehrsbeirat im Reichspostministerium mit der Erhöhung der Postgebühren beschäftigt hat, nahm das Reichspostministerium dazu Stellung. Es scheint, als ob sich das Reichspostministerium den Vorschlägen des Verkehrsbeirats anschließen werde, die Gebühren für Postsendungen und Telegramme zu verdreifachen und die Fernsprechgebühren zu verfünffachen.

* **Das Bankgeheimnis** ist wieder eingeführt. Die Girozentralen, Sparkassen und Banken brauchen fernerhin nur noch in einem förmlichen Steuer-Ermittlungsverfahren Auskunft über die Einlagen zu geben und zwar auch nur dann, wenn die Ermittlungen bei dem Steuerpflichtigen selbst und dessen Angaben kein Ergebnis hatten. Es besteht daher keine Veranlassung mehr, Gelder im Hause aufzubewahren und sich der Gefahr des Diebstahls auszusetzen. Die Verzinsung der Spargelder bei den örtlichen Sparkassen ist eine zeitgemäße.

* **Hooksiel,** 13. Juni. **Bundessängerfest.** Gemäß Beschluß des Bundesvorstandes und des Vorstandes des Männergesangvereins „Frohsinn" findet das diesjährige Bundessängerfest bestimmt am Sonntag den 15. Juli statt.

* **Sillenstede,** 13. Juni. **Einsegnung des neuen Gesangbuches.** Am Sonntag dem 17. Juni findet anläßlich der Denkmalseinweihung eine Trauerfeier in der Kirche statt. Bei dieser Gelegenheit soll zum ersten Mal das neue Gesangbuch in Gebrauch genommen werden. Es ist sehr wünschenswert, daß alle, die es besitzen, es mitbringen. Eines der Lieder, die bei der Feier gesungen werden, „Wir treten zum Beten", allen alten Soldaten aus dem Felde bekannt, steht nur im neuen Gesangbuch, nicht im alten. Fortan werden im Gottesdienst beide Gesangbücher berücksichtigt. Die Nummern des neuen Gesangbuches stehen an der südlichen Kirchenwand angeschlagen, die des alten an der nördlichen.

* **Oldenburg,** 13. Juni. **Ausstellung von Kriegsgefangenenarbeiten.** Eine Ausstellung, ganz neu-

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Hekelhusen.

85) (Fortsetzung.)

Frau Ruhstrats Leben hätte bei der Anspruchslosigkeit ihrer Bedürfnisse ein ganz angenehmes sein können. Die ihr gebliebenen Mittel reichten aus, ihren kleinen Hausstand zu bestreiten und dann und wann Gäste bei sich zu sehen. Ihre Freunde waren sogar der Meinung, daß sie viel Grund gehabt hätte, ein gütiges Geschick zu preisen, das ihr einen ruhigen Lebensabend bereitet hatte.

Walter Uhlenrode tat wirklich sein Möglichstes, um der alten Frau allerlei kleine Annehmlichkeiten zu gewähren. Und nachdem die Verantwortung, die der Besitz von Tannenhof mit sich gebracht hatte, und der sie doch niemals gewachsen gewesen war, fortfiel, hoffte man, sie werde es endlich lernen, zufriedener zu sein.

Es gibt Menschen, denen man alle Unbequemlichkeiten aus dem Wege räumen und die man in ein Tal blühender Rosen verpflanzen könnte, sie werden doch den in ihnen kreisenden fatalen Reiz nicht los werden, sich Verdrießlichkeiten zu schaffen. Und in dem Tal blühender Rosen werden sie nicht zum Genuß der Schönheit kommen, weil unser Herrgott darin nicht nur Rosen wachsen läßt.

Das Verhältnis von Frau Ruhstrat und dem neuen Besitzer hatte sich inzwischen zu einem mehrhaft mütterlichen gestaltet. Sie war stolz auf ihn, als wäre er ihr eigenes Kind. Sie konnte nicht genug davon erzählen, wie fleißig er sei. Auf ihre Bemerkung, daß er das doch gar nicht nötig habe, hatte er lächelnd geantwortet: „Fräulein Gerda imponiert mir so durch ihren Fleiß, daß ich in mich gegangen bin und mir gesagt habe, daß das mit meinem mordsfaulen Leben nicht so weiter gehen kann."

Ja, Frau Ruhstrat hätte wirklich ganz zufrieden sein können, denn für den jungen Mann war auch sie augenblicklich eine wichtige Person. Sie ahnte zwar, daß seine häufigen Besuche Gerda galten, denn mit verblüffender Genauigkeit schien er stets zu wissen, wann sie hier war. Anfangs hatte sie sich sogar eingebildet, diese Zusammenkünfte geschähen mit gegenseitigem Einverständnis. Doch hatte Gerda eine Bemerkung ihrerseits so schroff abgelehnt, daß sie diesen Gedanken aufgeben mußte.

Der Sohn Otto schrieb nur selten aus Amerika. Seitdem sie seinen anfänglichen Klagen und Bitten, ihm Geld zu senden, nicht Gehör geben konnte, weil ihre Barschaft viel zu klein war, wurden die Briefe immer seltener. Ja, zuletzt schlugen sie einen Ton an, der die Mutter ganz verwirrte. — Er habe eine Anstellung gefunden, hieß es, und lebe hon. — Hoffentlich gehe es ihr ebenso gut wie ihm. Deutschland sei ein schauderhafter, enger Boden, auf dem ein Mann wie er überhaupt nicht mehr leben könne.

Früher hatte sie seine Briefe den Freunden vorgelesen, um Mitleid für sein Mißgeschick zu erwecken. Jetzt tat sie es nicht mehr, und da auch niemand nach ihm fragte, so schwand die Person dieses Menschen, der hier so viel Unheil angerichtet hatte, immer mehr wie in nebelhafte Ferne zurück. Der Undank und die Lieblosigkeit, die aus seinen jetzigen Mitteilungen sprachen, waren vielleicht der erste wirkliche Schmerz, den sie erlebte, und der schloß ihr völlig den Mund.

Mit einer nervösen Hast gab sie sich nun den kleinen Interessen hin, die ihr Leben noch besaß. Und dabei verfiel sie in den Fehler, sich in Dinge zu mischen, die sie gar nichts angingen.

Was Herr von Bidau vorausgesagt hatte, erfüllte sich. Jeder, der mit dem neuen Regiment unzufrieden war, erschien bei ihr und beklagte sich oder bat um Fürsprache, um alte sogenannte Rechte behalten zu können.

Walter hatte sich das eine Weile mit angesehen und mit großer Liebenswürdigkeit versucht, ihr verstehen zu geben, daß sie die Gründe, die ihn zu dieser Neuerung bewogen, nicht übersehen könne. Nachdem aber Harfenstein ihm eines Tages sehr energisch erklärt, wenn die Einmischungen der alten Dame nicht bald ein Ende hätten, so sehe er sich gezwungen, ihr selbst den Standpunkt klar zu machen, riß auch Walter die Geduld.

So war es denn heute zu einer Aussprache gekommen, die Frau Ruhstrat viele Tränen kostete.

Die Frau des Tannenhofer Försters war bei ihr gewesen und hatte sich bitterlich beklagt, daß man ihnen untersagt habe, sich eine dritte Kuh zu halten. Es hätten zwar alle Leute in Tannenhof nur eine Kuh, aber sie sehe nicht ein, weshalb sie nicht drei haben sollten, denn Frau Ruhstrat habe doch früher nie etwas dagegen gehabt.

Ja — sie hatte nie etwas dagegen gehabt, weil sie einfach keine Ahnung hatte, ob ihre Leute die Kontrakte hielten — oder nicht. Sie ahnte auch heute noch nicht, wieviel Geld ihr auf diese Weise entzogen worden war.

Harfenstein hatte bei seinem Antritt diese Mißstände sofort übersehen, sich aber gesagt, daß er erst dagegen einschreiten könne, wenn die Kontrakte erneuert würden. Der alten Frau zu Gefallen hätte ja auch Walter in dieser Beziehung ein Auge zugedrückt, aber er sah ein, daß er sich den außerordentlich tüchtigen Mann erhalten müsse. Dieser erklärte nämlich, daß keine Ausnahmen gemacht werden dürften. Gleich verteilte Gerechtigkeit gegen alle Arbeiter sei sein Prinzip. Und nur auf solcher Basis könne er wirtschaften.

Walter hatte die alte Frau Ruhstrat aufgesucht und ihr das nachdrücklich auseinandergesetzt. Sie schalt auf Harfenstein und nannte ihn grausam und herrschsüchtig.

Darauf erwiderte Walter ungeduldig:

„Meine Leute sind alle gut gestellt, haben reichlich zu leben und können bei vernünftiger Einteilung sogar sparen. Wem das nicht einleuchtet, mag ziehen. Ausnahmen werden nicht mehr gemacht, und ich bitte Sie, sich in Zukunft die sogenannten Bittsteller unbedingt vom Halse zu halten."

Sie hatte ihn noch nie so verstimmt gesehen und war sehr erschrocken.

„Wie ist es nur möglich, daß Sie sich von Harfenstein so aufhetzen lassen konnten?" meinte sie weinend.

„Von Aufhetzen ist hier gar nicht die Rede. Im Grunde hat Harfenstein vollständig recht und ich bin froh, daß einer da ist, der es mir abnimmt, diese Energie zu zeigen. Ich selber würde sie wahrscheinlich auch nicht gehabt haben, denn ehe ich mir was vorklagen und vorhalten lasse, gebe ich lieber mehr als nötig. Ich weiß aber ganz genau, daß das eine Schwäche ist, die ich überwinden muß."

„Ach nein, Sie sollten Ihr gutes Herz nicht so knechten lassen," meinte sie, wieder Mut schöpfend.

„Nein, nein, was ich gesagt habe, bleibt bestehen."

Nun verstummte sie. Sie sah ihm zu, wie er ans Fenster trat und dort eifrig hinausspähte.

„Gerda kommt heute nicht — Sie wissen doch, daß sie verreist ist?"

Sie wischte sich die letzten Tränen ab und lächelte ein wenig. — Er wandte sich rasch vom Fenster herum.

„Nein, das ist mir neu."

„Das gute Kind ist sogar für mehrere Wochen fort. Früher konnten es die Bitten der Tante nicht erreichen, die wiederholten Einladungen der Berliner Verwandten anzunehmen. Diesmal überraschte sie Egon und die Tante damit, daß sie reisen werde."

„Und Sie sagen, sie bleibt mehrere Wochen fort?" fragte er nichts weniger als erfreut.

Ueber diese Mitteilung schien er den ganzen fatalen Grund seiner heutigen Anwesenheit zu vergessen.

Frau Ruhstrat war an ihren Schreibtisch gegangen und reichte Walter eine Berliner Ansichtspostkarte. Darauf stand mit Gerdas fester, durchaus nicht mädchenhafter Schrift:

„Der lieben Waldfrau gedenke ich mit herzlichen Grüßen. Meine Verwandten möchten mich noch einige Wochen behalten. Ich erlebe so viel, daß ich kaum Zeit habe, nach Hause zu denken. Ich tanze wie ein richtiges Stadtfräulein, höre schöne Musik und gehe auch ins Theater. Am besten gefallen mir die Sehenswürdigkeiten. Schade, daß Wolf nicht hier ist, der hat so viel mehr gelernt als ich und der würde mir alles, was ich nicht verstehe, erklären können. Wie gesagt, ich habe gar keine Zeit, darüber nachzudenken, daß es in Parnitz doch am allerschönsten auf der Welt ist."

„Man weiß eben nie, wie alles kommt," sagte Frau Ruhstrat in klagendem Ton. „Früher war die Tante so sehr dafür, Gerdachen müsse mal heraus, Jetzt ist sie dafür sehr verdrossen. Auch die Plötzlichkeit dieser Reise gefiel ihr gar nicht. Es ist ja nun einmal Gerdas Art, kaum davon zu sprechen, was sie vor hat. Es weiß auch niemand, weshalb sie eigentlich gefahren ist, wenigstens die Tante nicht. Auch Egon spricht sich nicht aus, er versichert nur immer wieder, daß ihn diese Reise für Gerda sehr erfreue. — Nun hoffen wir wenigstens durch unsere Bitten zu erreichen, daß das liebe Mädchen bis zu ihrem einundzwanzigsten Geburtstage wieder da ist. Sie wissen doch, er fällt auf den dreißigsten März — also in diesem Jahre gerade in die Osterzeit."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

rtig in ihrer Aufmachung, findet anfangs August 1928 in der Stadt Oldenburg („Union") statt. Anläßlich des Vertretertages der Landesgruppe Nordwestdeutschland der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener — Sitz Bremen —, der die in diesem Gebietsteil sich befindenden Ortsgruppen angeschlossen sind, soll am 4. und 5. August d. J. diese Ausstellung eröffnet werden. Sie soll den Zweck haben, wohl zum allerersten male der Oeffentlichkeit zu zeigen, mit welchen oft primitivsten Mitteln die in englischer, französischer oder russischer Kriegsgefangenschaft festgehalten gewesenen Deutschen die schönsten und kunstgerechtesten Arbeiten jeglicher Art geschaffen haben. Ein Besuch dieser einzigartigen Ausstellung ist lohnenswert.

* **Friesische Wehde**, 10. Juni. Das naßkalte Wetter der letzten Zeit hat der Torfindustrie sehr geschadet, denn der Torf trocknet fast gar nicht und das Brennmaterial ist schon überall sehr knapp. Guter trockener Torf ist deshalb auch stark nachgefragt, wofür denn auch hohe Preise ausgelobt werden. — Aber auch den Klinkerziegeleien hat das naßkalte Wetter sehr geschadet. Die frisch fabrizierten Roßlinge, welche hohen Wassergehalt haben, trocknen auch gar nicht ab, es ist den verschiedenen Werken kaum noch möglich, weiter zu arbeiten, da die Steine wegen Nässe nicht ausgeröstet werden können. Andere Werke können den Brennbetrieb wegen Mangel an gutem trockenen Torf auch kaum aufrecht erhalten. In früheren Jahren konnten eben mehr Steinkohlen herangeschafft werden. Falls nicht bald trockenes Wetter eintritt, wird es unumgänglich sein, auf den einzelnen Werken Arbeiterentlassungen vorzunehmen. Hoffen wir aber, daß dieses nicht notwendig wird.

---

* **Borkum**, 9. Juni. **Borkumlied.** Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Landrats Regierungsassessors Dr. Willemweber fand eine Sitzung der Badedirektion und abends eine Sitzung des Gemeindeausschusses statt. Zur Beratung stand der einzige Punkt: Verbot des Borkumliedes. In längeren Ausführungen führte der Vorsitzende aus, daß die Staatsregierung für Ruhe und Ordnung zu sorgen und dort, wo Ruhestörungen zu erwarten seien, vorzubeugen habe, fernerhin jeder deutsche Staatsbürger innerhalb der deutschen Grenzen sich aufhalten darf ohne der Gefahr ausgesetzt zu sein, belästigt, beschimpft oder gar körperlichen Maßnahmen ausgesetzt zu sein. Die Staatsregierung sei nicht länger gewillt, diese antisemitische Hetze zu dulden. Fernerhin appellierte der Vorsitzende an das Gerechtigkeitsgefühl der doch den gebildeten Ständen angehörenden Kurgäste und bat, etwa Beschwerdeführende an seine Adresse zu verweisen. Von seiten der Gemeindevertreter sowie des Herrn Bürgermeisters wurde angeführt, daß die Insulaner sich nicht im geringsten um diese Bewegung gekümmert hätten, der Kurkapelle im Jahre 1920 das Spielen des Borkumliedes verboten sei, jedoch auf Wunsch einer Deputation aus dem Kreise der Kurgäste dieses Verbot habe aufheben müssen. Weiterhin wurde ausgeführt, daß ein großer Teil der Kurgäste deshalb nach Borkum käme, weil Borkum judenfrei sei, Borkum von einem Teil der Judenpresse stark bekämpft würde und zu befürchten sei, daß viele Gäste wegbleiben und somit ein großer wirtschaftlicher Schaden für die Insel entstehen könne. Der Vorsitzende führte daraufhin aus, daß er einen großen wirtschaftlichen Ausfall für die Gemeinde nicht befürchte, sondern glaube, daß ein großer Teil des Badepublikums diese Bewegung verabscheue, auch würde man der Judenpresse den Wind aus den Segeln nehmen. Sollte die Gemeindevertretung nicht gewillt sein, ein Verbot zu erlassen und der Kurkapelle das Spielen des Borkumliedes verbieten, so würde die Staatsregierung vor entsprechenden Zwangsmitteln nicht zurückschrecken. Auf Antrag wurde dann beschlossen, eine endgültige Abstimmung auf Sonntagvormittag 9 Uhr zu vertagen.

Bis. **Bremerhaven**, 13. Juni. **Eine Fischotter von großem Körpermaß** wurde in Tungeln mittels eines Schlageisens in der Hunte gefangen. Der Fischräuber hatte eine Länge von mehr als einen Meter. Es scheint sich um ein sehr altes Tier zu handeln, denn im Oberkiefer fehlten schon eine ganze Anzahl Zähne. Von Sportangelern waren schon jahrelang an der oberen Hunte riesige Fußabdrücke bemerkt worden, die auf ein großes Exemplar schließen ließen. Mit dem Eisen schien es auch des öfteren Bekanntschaft gemacht zu haben, wie einige Narben an den Vorderfüßen zeigten. Jahrelang hat diese Otter den Fallenstellern ein Schnippchen geschlagen, was die immer und immer wieder vorgefundenen zugeschlagenen und leeren Fallen bezeugen. Das Schlageisen hatte ihn am Hinterfuß gefaßt. Die Fischotter haben sich in den hiesigen Gewässern in der Kriegs- und Nachkriegszeit sehr zum Schaden der Fischinteressenten vermehrt.

* **Twistringen**, 11. Juni. **Er will ins Gefängnis.** Ein zugereister Bursche stellte sich bei der hiesigen Landsägerei mit dem Wunsch, sofort zum Arrestlokal gebracht zu werden. Auf die Frage nach der strafbaren Tat konnte der Sonderling diese nicht angeben. Nun wurde ihm bedeutet, sich sofort zu entfernen. Nach der Bemerkung: „Dann stehle ich!" verließ er das Haus des Landwirts, um wirklich nach kurzer Zeit mit dem erregten Bäckermeister G., dem er inzwischen ein Brot gestohlen hatte, wiederzukehren. Doch wegen Mundraub konnte nun die gewünschte Abführung ins Arrestlokal nicht erfolgen ohne Antrag des Bestohlenen. Mit dem energischen Bemerken: „Ich will aber doch in Arrest! Dann stehle ich ein Rad!" verließ der Bursche das Haus. Nicht lange darauf meldete sich ein Herr aus Beckeln beim Landjäger, ihm sei soeben sein Rad gestohlen. Wirklich fuhr nun der Bursche mit dem gestohlenen Rade vor der Wohnung des Landjägers gemütlich auf und ab. Nunmehr konnte die Verhaftung erfolgen. Listig lächelnd bemerkte der Sonderling: „Wenn Sie mich jetzt nicht verhaftet hätten, hätte ich ein Schaufenster eingeschlagen!"

* **Harburg**, 11. Juni. **Ein entsetzlicher Unglücksfall** ereignete sich bei einer Transformatorenstation am Dampfschiffsweg. Aus der fertiggestellten Station, die kurz vor der Abnahme stand, sollte ein Arbeiter aus einem Raum Schutt herausholen. Plötzlich hörten andere Personen eine Explosion, der gleich darauf eine zweite folgte. Man sah, daß der Arbeiter in der Kabelleitungszelle am Boden lag. Er hatte durch den elektrischen Strom so schwere Verletzungen erlitten, daß er nach kurzer Zeit verstarb. Der Unglücksfall konnte zur Zeit noch nicht aufgeklärt werden, da der Verunglückte in der Kabelleitungszelle nichts zu tun und ausdrücklich erklärt hatte, er wisse mit solchen Sachen Bescheid.

Das endgültige Wahlergebnis,

Das endgültige Ergebnis der Oldenburgischen Landtagswahl hat für die einzelnen Parteien nachstehende Zahlen ergeben.

	Landesteile Oldenburg	Birkenfeld	Lübeck
Deutschn. Volkspartei	2	—	1
Volkspartei	10	2	—
Zentrum	9	1	—
Demokraten	8	1	—
V. S. P. D.	9	1	2
U. S.	—	—	—
Kommunisten	2	—	—
	40	5	3

Zusammen 48 Landtagsabgeordnete.

Die Stimmen verteilen sich wie folgt:

Deutschnationale Volkspartei	13 584	Stimmen
Volkspartei	43 810	„
Zentrum	40 810	„
Demokraten	36 065	„
V. S. P. D.	45 285	„
U. S.	2 145	„
Kommunisten	11 815	„
Zusammen	**193 114**	**Stimmen**

Nach dem Oldenburgischen Wahlgesetz und vor allem auf Grund der Bestimmungen über die Listenverbindung ergibt sich das sonderbare Bild, daß im Landesteil Lübeck lediglich die Deutschnationalen und Sozialdemokraten Kandidaten durchbringen und daß für den Landesteil Oldenburg 40 Abgeordnete in den Landtag einziehen.

Zu diesen 40 neugewählten Abgeordneten treten die 5 alten Abgeordneten aus Birkenfeld: (Dörr (D.), Zehtmayer (Soz.), Hartong (Z.), Zipp (D. Vp.) und Wangand (D. Vp.) und 3 aus Lübeck. Die Reststimmen betragen bei den Demokraten 2759, dem Zentrum 3172, den Sozialdemokraten 1058, denen damit nur 52 Stimmen an dem errechneten Quotienten von 4100 fehlten, um noch ein Mandat zu erlangen. Die Reststimmen betragen bei der Volkspartei 1690.

Wenn einst in Birkenfeld neu gewählt wird, fallen diese Reststimmen an Birkenfeld.

Der Landtag setzt sich aus folgenden Abgeordneten zusammen:

Deutschnationale 3 Abgeordnete: 1. Studiendirektor Wilhelm Bortfeldt, Oldenburg. 2. Landwirt Fritz Fantzen, Uffenshausen b. Tettens. 3. Dohm-Eutin.

Deutsche Volkspartei 12 Abgeordnete: 1. Landwirt Diedrich Dannemann, Lungeln b. Wardenburg. 2. Justizrat Friedrich Lohse, Oldenburg. 3. Maurermeister Johann Logemann, Ganderkesee. 4. Landwirt Diedrich Dirks, Hüllstede. 5. Direktor Franz Hartong, Delmenhorst. 6. Oekonomierat Wilhelm Schröder, Nordermoor. 7. Dr. phil. Anton Kohnen, Vechta. 8. Kaufmann Wilhelm Nieberg, Oldenburg. 9. Landwirt Heinrich Hollmann, Geveshausen. 10. Kaufmann Johannes Müller, Brake. Dazu die Birkenfelder: 11. Dr. Zipp, 12. Wenand.

Zentrum 10 Abgeordnete: 1. Staatsminister a. D. Dr. jur. Franz Driver, Oldenburg. 2. Oberinspektor Wilhelm Sanie, Oldenburg. 3. Hofbesitzer Franz Meyer, Holte bei Damme. 4. Heuermann Bernhard Eckholt, Essen i. O. 5. Kaufmann Heinrich Leffers, Delmenhorst. 6. Schneidermeister Anton Göhrs, Essen i. O. 7. Amtshauptmann Josef Haßkamp, Vechta. 8. Studienrat Heinrich Wempe, Cloppenburg. 9. Zeller Heinrich Fröhle, Hammel bei Lastrup. Dazu der Birkenfelder Abgeordnete: 10. Amtsgerichtsrat Hartong.

Deutsche demokratische Partei 9 Abgeordnete: 1. Ministerpräsident a. D. Theodor Tantzen-Heering, Oldenburg, Bismarckstr. 31. 2. Ziegeleibes. Dietrich Schmidt, Zetel. 3. Landwirt Ernst Tantzen, Oldenburg. 4. Kolonist Wilhelm Wittje, Barghorn bei Großenmeer. 5. Eisenbahn-Inspektor Fritz Albers, Nadorst. 6. Bauunternehmer Friedrich Möller, Rüstringen. 7. Kreisschulrat Wilh. Stukenberg, Oldenburg. 8. Landwirt Heinrich Rothenburg, Gokensholt. Dazu der Birkenfelder Abgeordnete: 9. Präs. Dörr.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei 12 Abgeordnete: 1. Stadtrat Paul Hug, Rüstringen. 2. Gewerkschaftsangestellter Emil Zimmermann, Rüstringen. 3. Staatsminister a. D. Jul. Meyer, Oldenburg. 4. Bürgermeister August Jordan, Delmenhorst. 5. Kassenbeamter Alfred Schulze, Nordenham. 6. Arbeitsnachweisleiter Paul Brodeck, Brake. 7. Parteisekretär Friedrich Frerichs, Rüstringen. 8. Verbandsangestellter der Landarbeiter August Krause, Bardewisch. 9. Bezirksleiter des Eisenbahnverbandes Wilhelm Wübbenhorst, Oldenburg. 10. Hauptlehrer Karl Bartels, Riensdorf. 11. Kreisleiter Karl Fick, und der bisherige Birkenfelder Abgeordnete: 12. Zehetmayr.

Kommunistische Partei Deutschlands 2 Abgeordnete: 1. Maurer Johannes Reimers, Rüstringen. 2. Installateur Gerhard Müller, Oldenburg.

Hiernach bekommt engegen den gestern festgestellten Zahlen das Zentrum einen Sitz weniger, also nur 10, und die Sozialdemokraten einen mehr, also 12. Danach sind also Deutsche Volkspartei und Vereinigte Sozialdemokratie die größten Parteien Oldenburgs.

*

Von der Deutschen Volkspartei wird geschrieben: Der Wahlausfall hat die Machtverhältnisse im Landtag nicht erheblich verschoben. Die Rechte behält ihre 15 Abgeordneten. Die Demokraten, die wesentlich auf Kosten der Sozialdemokraten ihre beiden Mandate gewonnen haben, verfügen mit diesen zusammen über 21 Mandate wie bisher, und das Zentrum bildet das Zünglein an der Wage. Es kann sich für die alte Koalition entscheiden, kann aber auch, da es mit der Rechten zusammen die absolute Mehrheit hat, eine andere Art der Regierungsbildung erzwingen. Wäre nicht die umstrittene Person Tantzens, an der die Linke vermutlich festhalten wird und die ein Hindernis für die Mitwirkung der Rechten bildet, so wäre noch dem Wahlergebnis eine Lösung sehr einfach. Man würde eine bürgerliche Regierung mit einer Mehrheit von 31 zu 14 Stimmen bilden, für die aus allen drei bürgerlichen Parteien ohne Frage geeignete Männer zu finden wären. Die Abstellung der Wahl auf die Person Tantzens und der relative Erfolg seiner Agitation machen die Sache überhaupt erst schwierig.

Amtliches Wahlergebnis.

(Vergleichsweise sind die Ergebnisse der Wahl von 1920 eingesetzt.)

Stadt bezw. Amt	1923 Bortfeldt Deutschn. Vp.	1920 Müller Deutschn. Vp.	1923 Dannemann Volkspartei	1920 Dannemann Volkspartei	1923 Driver Zentrum	1920 Driver Zentrum	1923 Tantzen Demokrat	1920 Tantzen Demokrat	1923 Hug Sozialdemokrat	1920 Meyer Sozialdemokrat	1923 Fahrer U. S. P.	1920 Zimmermann U. S. P.	1923 Reimers Kommunist	1920 Mayer Kommunist	1920 Kaper Landbund
Stadt Oldenburg	1772	486	7125	5870	934	682	4070	3970	2564	2202	473	918	2642	270	9
Amt Oldenburg	352	86	6395	6518	157	397	2460	2701	2338	5151	105	1940	1225	422	984
Amt Westerstede	410	134	3562	3183	40	39	2562	2647	1022	1088	1	639	491	136	1134
Stadt Varel	300	153	1023	922	133	141	625	791	847	550	84	494	267	68	6
Amt Varel	183	170	2247	1402	10	9	3251	2417	1800	1233	8	1463	178	64	1171
Stadt Jever	441	173	482	788	41	44	611	800	352	314	155	176	—	100	10
Amt Jever	1821	684	1503	2387	27	34	2176	1377	1847	1844	1	964	551	283	239
Stadt Wüstringen	980	347	1507	2765	669	603	2148	2534	10980	7881	417	6045	2494	570	1
Amt Butjadingen	232	55	2179	2271	107	111	4506	2658	3685	2429	151	2116	135	—	486
Amt Brake	243	162	2130	1939	61	64	3432	2275	2669	2075	106	903	67	5	429
Amt Elsfleth	92	37	2313	2540	—	1	2624	1615	1060	977	—	453	119	197	75
Stadt Delmenhorst	398	69	1951	1947	1151	716	1243	1244	3691	1878	620	2608	879	362	143
Amt Delmenhorst	542	80	4444	4013	9	2	860	7556	3812	2320	46	—	184	32	1145
Amt Wildeshausen	365	85	2407	2302	528	512	965	853	397	283	1	114	58	85	532
Amt Vechta	23	3	1303	810	17034	16942	1131	333	340	578	149	156	126	23	167
Amt Cloppenburg	146	27	1019	230	13877	14326	532	186	253	233	—	145	85	8	51
Amt Friesoythe	33	21	530	535	5331	4890	111	46	298	87	33	147	40	—	92
zusammen	8531	2771	42120	40431	40109	39479	33316	27136	37955	31381	2195	20508	9696	2666	6497
Landesteil Lübeck	5053	—	1690	—	201	—	2749	—	7330	—	—	—	2119	—	—

Der Saatenstand in Oldenburg.

(Mitteilung des Statistischen Landesamtes.)

Von jeher und auch gerade in unserer Zeit haben weite Kreise ein großes Interesse daran, sich schon früh im Jahre einen wenn auch nur schätzungsweisen Ueberblick über den vermutlichen Ausfall der Ernte zu verschaffen. Dieses Interesse ist keineswegs auf die Landwirtschaft beschränkt, vielmehr sind Regierung, Handel und Verbraucher nicht weniger beteiligt. Nach verschiedenen Versuchen von privaten Organisationen wurde 1892 in Deutschland die Ermittelung des jeweiligen Saatenstandes der wichtigsten Feldfrüchte vom Reiche organisiert. Das ganze Reich ist für diesen Zweck in Bezirke geteilt (die sich bei uns in der Regel mit den Gemeindebezirken decken), und für jeden Bezirk ist ein sachverständiger Vertrauensmann bestellt, der in ehrenamtlicher Tätigkeit von April jeden Jahres an über den Saatenstand zu Beginn jedes Monats an das zuständige Statistische Landesamt berichtet. Im Landesteil Oldenburg arbeiten 114 solcher Herren, in Lübeck 17 und in Birkenfeld 5. Die Berichterstattung erfolgt auf gelieferten Vordrucken unter Zuhilfenahme von Noten mit der Abstufung 1 (sehr gut), 2 (gut), 3 (mittel), 4 (gering), 5 (sehr gering) und mit Zwischenstufen. Die Note 3 soll eine durchschnittliche Ernte geben. Aus diesen Noten der einzelnen Bezirke werden nach bestimmten Vorschriften Durchschnittsnoten für die einzelnen Provinzen, Länder und schließlich für das ganze Reich berechnet. Die auf diese Weise für Anfang Juni im Freistaat Oldenburg gewonnenen Noten lassen die Ernteaussichten nicht ungünstig erscheinen. Die Birkenfelder Berichte sind zwar leider, wie schon im Vormonat, infolge der dortigen Schwierigkeiten nicht rechtzeitig eingetroffen. Die Durchschnittsnoten der Landesteile Oldenburg und Lübeck lauten: Winterweizen 2,3 (Juni 1922 3,4), Sommerweizen 2,8 (3,2), Winterroggen 2,5 (3,2), Sommerroggen 2,9 (3,2), Wintergerste 2,5 (—), Sommergerste 2,7 (7,3), Hafer 2,7 (2,8), Kartoffeln 2,8 (2,8), Runkel-(Futter-)rüben 3,2 (3,0), Klee (auch mit Beimischung von Gräsern) 2,6 (3,5), Be-(Ent-)wässerungswiesen 2,5 (3,3), andere Wiesen 2,5 (3,4). Neben den Noten geben die Berichterstatter auch allgemeine Gutachten über den Saatenstand. Aus diesen Bemerkungen kann man folgendes Bild gewinnen: Seit Ende April haben wir fast ununterbrochen naßkalte Witterung mit zeitweise sehr erheblichen Niederschlägen. Wenn diese Witterung zu Beginn auch einen recht guten Einfluß auf das Wachstum der Früchte ausübte, so hält sie nun doch allmählich zu lange und zu beständig an und bewirkt dadurch schließlich Schädigungen. Insbesondere fehlte es in der letzten Zeit des Monats Mai auch an Wärme und Sonne. Daher sind auch auf vielen Feldern die Kartoffeln noch nicht oder nur wenig aus der Erde. Aus einigen Bezirken wird berichtet, daß Roggen vereinzelt bereits lagert. Auch hat die Verunkrautung der Felder erheblich zugenommen. Auf Moorböden haben Nachtfröste vereinzelt Schaden an Hafer und Kartoffeln angerichtet. Hafer hat in einigen Bezirken auch durch tierische Schädlinge gelitten. Auch über namhaftes Auftreten von Drahtwürmern und Mäusen wird vereinzelt berichtet. Ein gutes Aussehen haben fast allgemein Weiden und Wiesen; es darf daher eine gute Heuernte erwartet werden.

Bunte Ecke.

* **Die Grabprobe.** Als Lenau Justinus Kerner besuchte, fand er beim Oeffnen durch das Mädchen zunächst verschiedene Zimmer leer und trat schließlich in eines, wo sich ihm ein wundersames Bild darbot. Auf dem Boden ausgestreckt lagen unbeweglich ein Mann und eine Frau, zur Rechten und zur Linken von ihnen Kinder. Die Liegenden ließen sich durch ihn nicht stören, und erst als er seinen Namen nannte, erhob sich Kerner und sagte: „Ach, willkommen, lieber Nimbsch! Wir haben eben mal probiert, wie es sein wird, wenn wir so nebeneinander im Grabe liegen.

* **Der nützliche Filter.** In einem Dorfe in Lincolnshire klagte eine Frau dem Geistlichen ihre Not wegen des durch die vielen Regengüsse verunreinigten Trinkwassers. „Aber soviel ich weiß, haben Sie doch einen schönen Filtrierapparat. Warum filtrieren Sie denn das Wasser nicht?" — „Dann wird ja der ganze Apparat verschmutzt."

Eingesandt.

(Für Veröffentlichungen unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung dem Publikum gegenüber keine Verantwortung. Der Einsender muß das Geschriebene auch gerichtlich vertreten können.)

Ostiem, 10. Juni. Einen interessanten Vortrag des Gewerbeschullehrers Busse aus Osnabrück konnten anläßlich einer Volksversammlung, einberufen von der Deutschen demokratischen Partei, gestern abend im Buschers Lokal einige Damen und Herren anhören. Der Vortrag hatte mehr einen belehrenden als agitatorischen Zweck. Herr Busse behandelte hauptsächlich die wirtschaftliche Lage, in der das deutsche Volk durch den verlorenen Krieg hineingeraten ist und brachte zum Ausdruck, daß diese verderblichen Folgen nur dadurch abgewendet werden könnten, wenn alle Volkskräfte zusammengefaßt würden zu einem einheitlichen Ganzen. Unternehmer sowie Arbeiter müßten zusammenarbeiten, um die ungeheuren Lasten, die uns der verlorene Krieg gebracht, zu überwinden. Dies könne nur dadurch geschehen, daß dafür gesorgt würde, daß das Handwerksgewerbe in die Lage gesetzt würde, wieder Qualitätsware zu liefern. Die Handwerksmeister müßten dazu in die Lage versetzt werden und Unterstützung seitens der Behörden finden, um wieder den Nachwuchs des Handwerks heranzubilden, daß derselbe wieder die Qualitätsware schaffen könnte, wie vor dem Kriege. Durch den Krieg seien dem Handwerk sehr viel Qualitätsarbeiter verloren gegangen. Nicht nur dadurch, daß die besten Kräfte ihr Leben für das Vaterland haben hingeben müssen, als dadurch, daß durch die Einberufung zur Fahne Meister und Gesellen aus den Werkstätten gezogen wurden und die Frauen mit den Lehrlingen die Betriebe notdürftig aufrecht halten konnten. An Ausbildung war unter diesen Umständen nicht mehr zu denken. Jetzt heiße es, dies wieder auszugleichen, indem alle Kräfte zusammengefaßt würden. Die Frauen der Meister sollten nicht nur den unterhaltenden Teil der Zeitungen verfolgen, sondern müßten auch den wirtschaftlichen Teil verfolgen, um sich über alles zu unterrichten, was dem Handwerk nütze und so ihren Mann mit in seiner Existenz zu unterstützen. Auch die erwachsenen Töchter der Meister könnten durch Führung der Bücher im Handwerksgewerbe mit tätig sein. Dann kam der Referent noch auf die Großindustrie zu sprechen, die jetzt unter der Valutamisere riesige Neubauten errichte und Maschinenanlagen schaffe, wodurch kolossale minderwertige Ware auf den Weltmarkt geworfen würde. Dies alles höre aber mit dem Augenblick der Stabilisierung der Mark auf. Dann wären die Neubauten und Maschinen überflüssig. Die Großindustriellen schneiden dem Handwerker die Rohstoffe ab und trügen dazu bei, daß viele kleine Handwerker, die früher Halbfabrikate angefertigt hätten, ihre Werkstätten schließen müßten und sich Beschäftigung als Arbeiter suchen müßten. Die Siedlungspolitik von Minister Tantzen sei den großen Grundbesitzern ein Dorn im Auge gewesen. Die Volkspartei in Oldenburg habe sich mit Haut und Haaren dem Landbund verschrieben, dem Landbund, dem Vertreter der Großgrundbesitzer. Das imperialistische Streben der Franzosen kennzeichnete der Redner gebührend. Wir hätten nur die eine Pflicht, die Ruhrbevölkerung und die Rheinländer zu unterstützen. Es dürfe nicht vorkommen, daß Großgrundbesitzer, wie es im Kreise Wittmund geschehen sei, es abgelehnt hätten, Ruhrkinder aufzunehmen. Unser Stolz sei, daß die Männer und Frauen an Ruhr und Rhein wie eine Mauer stehen. Ein Abbruch der internationalen Diskussion darf schon im Interesse der Ruhrkämpfer nicht stattfinden. Im Kriege habe die Diplomatie versagt, weil sie eine internationale Diskussion verhindert hätte. — Die Leute, die nicht in Dollar arbeiten, sondern auf das Papier angewiesen sind, kommen immer mehr ins Elend. Die deutschen Behörden hätten ebenso wie die Franzosen die Paßkontrolle einführen müssen, damit nicht Arbeiter für die Franzosen in das Ruhrgebiet aus dem unbesetzten Deutschland hereingekommen wären. Man dürfe nicht für die Kravalle durch die Streiks die Kommunisten als Partei verantwortlich machen. Das Lumpenproletariat und die kolossale Geldentwertung zusammen wären die Triebfeder dieser Putsche im Ruhrgebiet gewesen. — Die Deutschen müßten wieder ein einiges Volk werden. Dies würde am besten durch die Politik der Mitte geschehen. Die Existenzmöglichkeit der Handwerker müßte gesichert werden. Die Bodenreform zur Schaffung von Landstellen müßte auf das Intensivste gefördert werden. — In der Diskussion bedauerte ein Redner, daß die Handwerker nicht stärker vertreten seien und auch die Landwirte in dieser Versammlung nicht anwesend seien. Es sei bedauerlich, daß letztere, weil politisch indifferent, blindlings dem Landbund Gefolgschaft leisten. Dieser Landbund predige immer seinen Anhängern, daß er keine Politik verfolge. Der Landbund, vor dem Kriege Bund der Landwirte, habe seine Anhänger in der Deutschnationalen Partei, Volkspartei und im agrarischen Flügel des Zentrums. Er vertrete nur den Großgrundbesitz und habe vor dem Kriege einen starken Einfluß auf die Gesetzgebung ausgeübt und den Siedlungsbestrebungen viele Schwierigkeiten bereitet. Der Landbund habe gar kein Interesse an kleinen Bauernstellen. Derselbe wolle den Groß-

Landesbibliothek Oldenburg

grundbesitz stärken und viele billige landwirtschaftliche Arbeiter erhalten, indem er den Knechten das Ansiedeln erschwere. Wenn die kleinen Landwirte im Jeverlande Politik verständen und nicht blindlings dem Landbund Gefolgschaft leisteten, würden sie alle dem Bauernbund beitreten. — Ein Handwerker erwiderte hierauf, daß in der Versammlung die Handwerker nicht stärker vertreten seien, läge daran, daß viele nach Jever gefahren seien, um dort Dr. Petersen zu hören. — Im Schlußwort führte der Referent noch aus: Wer glaubt, außerhalb der Volksgemeinschaft seine Suppe kochen zu können sowie durch Verhetzung dieselbe aufs Spiel setze, sei gegen das Deutschtum. An Stresemann hätte man ein Beispiel, der nach seiner früheren Verhetzung jetzt zur Einsicht käme. Die Folgen der Politik der Deutschen Volkspartei hätten unsere Kindeskinder noch zu tragen. Wenn Rathenaus Politik mehr gefördert worden wäre, dann sähe es jetzt jedenfalls besser aus. Entweder wir arbeiten auf republikanisch-demokratischem Boden oder wir gehen unter. Durch die Politik des Landbundes, durch Terror, sei auf die Dauer nichts zu erreichen. Das Gute bricht sich von selbst Bahn.

Handel.

Oldenburgische Landesbank. Die Verwaltung der Bank hat beschlossen, einer auf den 16. Juli d. J. einberufenen außerordentlichen Generalversammlung die Erhöhung des Grundkapitals von 50 000 000 auf 120 000 000 M durch Ausgabe von neuen Aktien mit Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1923 an vorzuschlagen. Die Entwicklung und Ausdehnung der Bank in Verbindung mit der fortschreitenden Geldentwertung lassen diese Kapitalserhöhung als notwendig erscheinen.

Produktenmarkt. Berlin, 11. Juni. Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 Kilogramm ab Station: Weizen, märkischer 116 000—118 000. Matter. Gerste, Sommergerste, märkische, 100 000—105 000. Ruhig. Hafer, märkisch., 94 000—96 000, pommerscher 92 000—94 000. Ruhig. Mais, waggonfrei Hamburg 110 000—115 000, Geschäftslos. Weizenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 390 000—430 000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Ruhig. Roggenmehl pro 100 Kilogramm frei Berlin 290 000—325 000. Ruhig. Weizenkleie und Roggenkleie frei Berlin 60 000—61 000. Ruhig. Raps 240 000—250 000. Ruhig. Leinsaat 250 000 bis 260 000. Ruhig. Erbsen, Viktoria, 160 000, kleine Speiseerbsen 130 000—135 000, Futtererbsen 105 000 bis 110 000, Peluschken 115 000—120 00, Ackerbohnen 105 000, Wicken 130—135 000, Lupinen, blaue, 125 000 bis 135 000, gelbe 155 000—175 000, Seradella 250 000 bis 255 000. Rapskuchen 95 000—98 000, Leinkuchen 160 000, Trockenschnitzel 34 000—36 000, vollwertige Zuckerschnitzel 52 000—55 000, Torfmelasse 30/70 37 000—38 000, Kartoffelflocken 57 500—58 500.

Stand der Mark.

Berlin, 13. Juni. Heute notierten: Dollar 94 400, holl. Gulden 37 000, engl. Pfund 435 000.

Wettervoraussage für Donnerstag den 14. Juni.
Veränderlich bei mäßigen westlichen Winden.

Amtliche Anzeigen.

Die Fürsorgestelle für Lungenkranke in Jever, Rathaus, Zimmer 1, erteilt den an Tuberkulose erkrankten Angehörigen der Gemeinden des Amtsbezirks an jedem Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, **kostenfreie** Beratung durch den Amtsarzt, Medizinalrat Dr. Peters.
Es wird den Lungenkranken dringend empfohlen, sich der Fürsorgestelle vorzustellen. (6455
Jever, den 7. Juni 1923.
Amtsvorstand des Amtsverbandes Jever.
Tantzen.

Unter dem Viehbestande
1. des Hinr. Hillers, Boneterei,
2. des Bernh. Heeren, Gottels,
ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.
Zu 1) Sperrgebiet: Seuchenweide. Beobachtungsgebiet: Südl. Teil der Gemeinde Westrum, im Norden begrenzt durch Gemeindeweg ab km 65,8, südrands des Dorfes Westrum, Landweg Reiseburg-Gemeindegrenze.
Zu 2) Sperrgebiet: Seuchenweide. Beobachtungsgebiet: begrenzt im Norden durch Chaussee Hohenkirchen-Wiarden, im Osten Gemeindegrenze, im Süden Büttenser Tief. (6453
Jever, den 11. Juni 1923.
Amt Jever.
Tantzen.

Unter dem Viehbestande des Hugo Janßen in Klein-Waddewarden ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. Das Sperrgebiet wird durch die Seuchenweiden gebildet. Das Beobachtungsgebiet wird im Norden durch die Gemeindegrenze, im übrigen durch die Chaussee von Oldorf, Ulfenburg, Waddewarden, Haddien und Bottens begrenzt. (6454
Dem Deckstier des Janßen dürfen keine Kühe zugeführt werden.
Jever, den 12. Juni 1923.
Amt Jever.
Janßen, Reg.-Obersekretär.

Sielsache.

Die Reinigung des Schaugrabens Nr. 50 ist gegen den 25. Juni zu reinigen. Was bis dahin nicht geschafft, wird auf Kosten der Säumigen ausverdungen. (6461
Rahrdum. **N. Theilen**, Nebengeschw.

Vermischte Anzeigen.

Erstklassige 10 Wochen alte
Dobermänner
mit vorzügl. Stammbaum abzugeben. Eltern u. Großeltern erhielten höchste Auszeichnungen. (6446
Karl Kickler,
Jever, Burgstr. 17.

Dobermannzwinger v. Woltersberg
Mein (6460
Stier Eckstein
erhielt II. Angelds- und II. Abstammungs-Prämie) deckt vom 15. Juni ab f. 30000 M. bar.
Aug. Albers.
Tadshausen

1 bestes Milchschaf, sowie 1 bestes An- u. 1 Bocklamm zu verkaufen. (6440
Heidmühle. **H. Franzen.**

Verkaufe wachs.
Schäferhund.
6421) Fedderwarden 58.

Habe Kohlpflanzen und 2 junge Schäferhunde
abzugeben. (6457
Barkel. H. Theilen.

Ein 120 Pfund schweres
Läuferschwein
zu verkaufen. (6436
Slabbenmoor 28.

Zentrifugen und Buttermaschinen
empfiehlt billigst
Adolf Gerken.

Näherin
sucht für sofort (6443
Jev. Maschinen-Strickerei
M. Teschke, Mühlenstr. 5.

Zum baldigen Antritt nicht zu junge (6416
Haushälterin
gesucht. Selbige muß das Melken von 2 Kühen mit übern. **H. Wichers,**
Friederikensiel, Post Hohenk.

Suche krankheitshalber möglichst per sofort oder 1. Juli ein absolut tüchtiges
Alleinmädchen.
Frau M. Gowers,
Wilhelmshav., Luisenstr. 21.

Gesucht zum 1. Juli wegen Verheiratung des jetzigen ein sauberes (6430
Mädchen
bei gutem Lohn.
Frau H. Mangels,
Heidmühle.

2 kräftige (6423
Lehrlinge.
Sande. **G. Stoffers,**
Schmiede u. Schlosserei.

Tüchtiger junger Mann oder Fräulein
per sofort gesucht für Laden und Kontor. Schreibmaschinenkenntnis und Stenographie möglichst erwünscht.
Fr. Kleinsteuber, Jever.

Gesucht auf sofort für eine kleine Landwirtschaft
1 Verwalter
(passend f. Kleinrentner oder Halbinvalide). (6415
Zu erfragen in d. Geschäftsstelle d. Blattes.

Nehme noch
4 Rinder oder Kühe in Weide.
Angebote unter H. J. 6458 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kaufe tote Kälber als Hundefutter.
Hole selbst ab, Karte genügt.
Kraft, Am Wall 1.

Kaufe sämtliches Schlachtvieh.
Zahle höchste Preise.
Bei Notschlachtungen komme sofort. (45
C. Dicht, Jever, Telef. 488.

Kaufe (6426
tote Kälber
zu erhöhten Preisen.
Joh. Hans, Jever,
Schlachte 4. Tel. 488.

Zu kaufen gesucht
1 Kinderrad (Mädchen).
Zu erfragen bei Gastwirt Schulze, Stadtwage. (6448

Suche gutes Stück
Weideland
zu pachten oder Vieh in Weide zu geben. Angebote unter V. 6420 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

1 größerer Haufen abgeputzter (6444
Bausteine
gegen Höchstgebot zu verkauf.
Milchstr. 1.

5 neue Fenster
und 2 Türen zu verkaufen.
Hooksiel. **Tenge.**
Daselbst 1 bestes Kuhkalb zu verkaufen, oder gegen Schlachttier zu vertauschen.

Grasverkauf
Schloßgart., Sonnabd. 5 Uhr.

2 Fuder Dünger
abzug. **W. Hildebrand,**
6445) Möbelgeschäft.

Immobil-Verkauf.

Herr M. Hinrichs, Jever, beabsichtigt wegen anderweitigen Unternehmens seine hierselbst an der Schützenhofstraße Nr. 72 angenehm belegene **schöne**

Besitzung,

bestehend aus dem Wohnhause mit Stall und zirka 28 Ar Gartenland,

mit Antritt nach Vereinbarung zu verkaufen.
Ernstliche Liebhaber wollen sich mit mir in Verbindung setzen und ihre Gebote bis zum (6410
Mittwoch, den 20. Juni d. J., nachm. 6 Uhr,
in meinem Büro abgeben.
Die Besitzung ist insbesondere für einen Landwirt oder Geschäftsmann, der sich zur Ruhe setzen will, oder auch für einen Handelsmann geeignet.
A. Funke, Auktionator.
Jever, Bahnhofstraße. — Fernsprecher 35.

Der sensationelle Großfilm
Dämon Zirkus
Freitag und Sonntag

Schrotmühlen für Motor- u. Göpelantrieb baut
Jng. Claus Otte,
Oldenburg,
Maschinen- und Mühlenbau.
— Telefon 537. — (1485

Rester-Mützen
Blaue und farbige Herren-Mützen
900 Mk. und 3000 Mk.
Blaue und farbige Knaben-Mützen
200 Mk. und 300 Mk.
Heinrich Hanenkamp
Neuestr. 1.

Donnerstag nachmittag
Maler Janßen
Auktion
im Konzerthaus.
Wilhelm Albers

Leberwurst
Zungenwurst
Braunschweiger
Cervelatwurst
Kalbs- und Schweinsrouladen
Leberpastete
empfiehlt **Albert Irps.**

Für
Altgold, Silber, Platin
zahlt hohe Preise
B. J. Hasen, Inh. J. Orth.
Neuestraße 13, Telefon 448.

Schützenfest in Jever.
Dasselbe wird abgehalten vom 25.—29. Juli d. J.
Platzverpachtung 20. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Tee
hochfein im Geschmack
Pfund 40000 und 48000 Mk.
Kaffee
frisch gebrannt
Pfund 28000 Mk.
Malzkaffee
lose
Pfund 1500 Mk.
Albert Irps.

Wirteverein für Jever u. Jeverland.
Freitag, den 15. Juni, nachm. 6 Uhr,
Versammlung
b. Koll. Fr. Duden, Börse.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung vollzähliges Erscheinen erforderlich. Auch Nichtmitglieder willkommen.
6425) Der Vorstand.

Ohne Brotkarte.
Richtpreise für 1 Pfd.:
Schwarzbrot 1400, Graubrot 2000, Weißbrot 2500, Zwieback 6000 Mk., Brötchen pr. Stück 200 Mark, Abbacken 800 Mark. (6433
Bäcker u. Müller Jeverlds.

Sillenstede.
Unsere Mitglieder versammeln sich am Sonntag, dem 17. d. M. **(Denkmalsweihe)** nachm. 4½ Uhr, im Vereinslokal. Orden und Ehrenzeichen sind anzulegen. (6451
Stahlhelm und Kriegerverein.

Horumersiel
Sonntag, den 17. Juli,
großer Ball.
Es ladet freundl. ein
6439) **H. Rose.**

Moderne Tänze für Fortgeschrittene
beginnen am **Freitag, dem 15. Juni, abends 8 Uhr,** im schwarzen Adler in Jever.
Hochachtungsvoll
Otto Culin,
gepr. Lehrer der Tanzkunst.

Sauerkohl
ist wieder eingetroffen.
J. H. Cassens.

Tinten, Tuschen, Klebstoffe, Kontor- und Bürobedarf.
J. Berents, Sophienstr.

Motorrad
NSU, 1½ PS, in tadellosem Zustand, zu verkaufen, ferner gebrauchte **Nähmaschine** preiswert abzugeben. (6435
Arth. Günther.

Sofort
sind Sie befreit von Ihren (125
Kopfläusen,
Nissen, Flöhen durch
Mordax.
Kreuz-Drogerie und Filiale.

Stachelbeeren
kaufe ich jede größere und kleinere Menge.
J. H. Cassens.

Motorrad
NSU, 2 PS, mit Leerlauf, umständehalber z. verkaufen.
Rüstringen, Ebkeriege 13.
6431) Fernruf 469.

Ihre Verlobung geben bekannt: (6442
Mariechen Dannemann
Friedrich Paeben.
Kl.-Coldewey. Medernser-Altendeich.

Jever, 12. Juni 1923.
Heute morgen 6 Uhr endete ein sanfter Tod das lange Leiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante (6741
Antonie Braams
geb. Weyerts
im noch nicht vollendeten 36. Lebensjahre.
Dies zeigen tiefbetrübten Herzens an
Itzte F. Braams und Kinder nebst all. Verwandten
† † †
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. d. Mts., nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Sophienstifts aus statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Verluste unseres lieben Töchterchens sprechen wir unsern herzlichen Dank aus. (6418
H. Warmbold u. Frau.
Schortens, 13. Juni 1923.

Rennen in Jever
findet **nicht am 1. Juli**, sondern
am Sonntag, dem 8. Juli 1922,
statt. Nennungsschluß am 27. Juni.
Rennverein für Jever und Jeverland

Achtung! **Achtung!**
Fedderwarden.
Am Sonntag, dem 17. Juni,
veranstaltet der **„Klub der Fidelen"** aus **Rüstringen**
ein gemütliches
Tanzkränzchen.
Anfang 6 Uhr. Es laden freundlichst ein
Der Verein. Der Wirt: Tönjes.

Das Verbands-Sängerfest
der Gemischten Chöre von Jeverland und Umgegend findet statt am
17. Juni in Gödens.
Anfang 3 Uhr. Generalprobe 2½ Uhr.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Gemischte Chor Gödens.

Carl Woebcken
Jever
Die Stadt der Kunst
Sage und Geschichte
Zu haben in allen Buchhandlungen zum Preise von 250 Mark.

Gemeinde Sillenstede.
Die Weihe unseres Krieger-Ehrenmals
soll **Sonntag, den 17. Juni** erfolgen.
Beginn des Gottesdienstes 5 Uhr.
Alle Gemeindeeingesessenen werden hierdurch herzlich eingeladen. (6452
Die Denkmalskommission.
Der Gemeindevorstand.

Marienhalle Jever.
Sonnabend: **Großer Ball.**
(Kino-Musik.)

Fettes Rindfleisch
„ Schweinefleisch
„ Kalbfleisch
besten Rindertalg
empfiehlt **H. Bulling.**

Statt Anzeige.
Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß Sonntag abend 8 Uhr unser kleiner süßer Liebling
Marianne Christine Johanne Wittenfeld
nach kurzer heftiger Krankheit im Alter von 1 Jahr 1 Monat sanft entschlafen ist.
In tiefem Schmerze die tiefgebeugten Eltern
Johannes Wittenfeld u. Frau
Sophie geb. Uden
nebst Großeltern und allen Verwandten.
Heidmühle, den 12. Juni 1923.
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr vom Trauerhause, Jeversche Str. 125, aus statt.
Du warst so süß,
Du starbst zu früh,
Vergessen werden
Wir dich nie!

Landesbibliothek Oldenburg